



Stadt Kamen
Herrn Hermann Hupe
Rathausplatz 1

59174 Kamen

Kamen, 30. Januar 2017

Bewirtschaftung des öffentlich-geförderten Parkhauses am Bahnhof in Kamen-Mitte

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hupe,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Kamen beantragt für die Sitzung des Rates der Stadt Kamen am 22. Februar 2017 den oben genannten Tagesordnungspunkt und bittet um Beratung und Beschlussfassung.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Kamen beauftragt die Verwaltung mit der Einführung einer Bewirtschaftung des öffentlich-geförderten Parkhauses am Bahnhof, um die Betriebskosten des Parkhauses zu decken.

Begründung:

Am 21. Juli 2011 hat der Rat der Stadt Kamen im Zusammenhang mit Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Kamen für den Planungszeitraum der Jahre 2011 bis 2014 (hier: Parkraumbewirtschaftung) mehrheitlich folgenden Beschluss gefasst:

1. Aufhebung der HSK-Maßnahme 50 – Parkraumbewirtschaftung gemäß Haushaltssicherungskonzept 2011
2. Eine Bewirtschaftung des Parkraums durch Gebühren wird in Kamen mittelfristig nicht eingeführt.

Der Mittelfrist-Zeitraum beträgt fünf Jahre. Ausgehend vom Jahr 2011 betraf der Beschluss zu Nummer 2 - formal betrachtet - damit eine „Laufzeit“ bis zum 21. Juli 2016. Insofern läuft eine Beschlussfassung – wie hier beantragt – nicht gegen den Beschluss des Rates aus dem Jahr 2011.

In der damaligen Diskussion über die Beschlussvorlage 050/2011 ging es ausschließlich um die Innenstadt-Parkhäuser, insbesondere um das Parkhaus an der Kämerstraße. Das öffentlich-geförderte Parkhaus am Bahnhof war nicht Gegenstand des Beratungsaustausches.

Am 19. September 2016 wurde in der Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses der Projektbericht „Intermodale Verknüpfungspunkte im Kreis Unna“ durch Vertreter des Kreises Unna vorgestellt.

Der Bahnhof in Kamen-Mitte ist VRR-Kragen-Kopf: Täglich, so wurde in der genannten Sitzung erläutert, können wir am Bahnhof in Kamen-Mitte rund 6.000 Ein- und Aussteiger verzeichnen. „Das Mobilitätsverhalten in Deutschland unterliegt einem Wandel, der von Politik und Planern zukunftsgerichtet mitgestaltet werden sollte. Intermodale Verknüpfungspunkte unterstützen das geänderte Verkehrsverhalten. [...] Schwerpunkte sind Schnittstellen zum und innerhalb des Umweltverbundes.“ [Auszug aus der Präsentation, 19. September 2016, zu TOP 3, Seite 2]

Auf unsere Nachfrage in der Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 19. September 2016, erläuterten die Vertreter des Kreises Unna, dass sich ihrer Einschätzung nach mit dem „RRX“ die täglichen Fahrgastzahlen auf ca. 10.000 Pendler erhöhen werden. Die Steigerung könnte noch höher ausfallen, wenn entsprechende Abstellflächen sowohl für den motorisierten Individualverkehr als auch für Fahrräder geschaffen würden.

Damit war für uns bereits in der Sitzung – wie auch in vorherigen Sitzungen – klar, dass die Stadt Kamen nicht auf den „Pendleransturm“ warten kann, um anschließend das Parkproblem zu beklagen.

Bewirtschaftung des Parkhauses am Bahnhof

- Die Vertreter des Kreises Unna empfahlen in der Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 19. September 2016: „Die kreisangehörigen Kommunen sollten im Sinne einer Stärkung des Umweltverbundes die P+R-Anlagen bewirtschaften, um die vorhandene Kapazität für die Nutzer des ÖPNV zu reservieren. Der Kreis Unna sollte darauf hinwirken, dass die kommunalen Handlungsspielräume bei geförderten Anlagen bis zur Möglichkeit der Gebührenerhebung zur Deckung der Betriebskosten erweitert werden.“ [Seite 26 der Präsentation]
- Diese Empfehlung stößt bei der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Kamen unverändert auf eine hohe Akzeptanz, denn: Unsere Fraktion hat im Zuge der damaligen Diskussionen über den Bau eines neuen Parkhauses immer wieder die Bewirtschaftung in das Gespräch gebracht. Es ist Bürgerinnen und Bürgern nicht wirklich zu erklären, warum die Nutzung der Radstation am Bahnhof ein Entgelt erfordert und die Nutzung des Parkhauses nicht. Darüber hinaus kann der Haushalt der Stadt Kamen von den Betriebskosten für das Parkhaus entlastet werden; mithin eine Maßnahme zur Entlastung des Haushaltes.
- Um möglichen Verdrängungseffekten in die angrenzenden Wohngebiete hinein zu begegnen, ist die Einführung von Anwohnerparken gleichsam zu prüfen.

Mit der Bitte um positive Beschlussfassung verbleiben wir

mit freundlichem Gruß

gez. Ina Scharrenbach MdL
Fraktionsvorsitzende

gez. Karsten Diederichs-Späh
Mitglied des Rates